



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 05.04.2017, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Sozialdatenatlas 2016
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

EBM Seigfried begrüßt die Anwesenden. Nachdem es keine Änderungswünsche der Tagesordnung gibt, steigt EBM Seigfried in TOP 1 ein. Beim ersten Sozialdatenatlas aus dem Jahre 2006 habe es in Ludwigsburg 85.000 Einwohner gegeben. Die Prognose für das Jahr 2015 seien 86.000 Einwohner gewesen. Weiter gibt EBM Seigfried einen kurzen Abriss über den Zahlenlauf in der Vergangenheit. Er gibt das Wort an Frau Müller (Referat NSE) weiter.

Fr. Müller (Referat NSE) informiert anhand einer Präsentation über den Sozialdatenatlas 2016. Diese Präsentation liegt dieser Niederschrift bei. Die Statistik sei mit der Digitalisierung vorangeschritten. Vorab gibt sie Anweisungen, wie über das iPad die Daten abgerufen werden können. Nachdem mittlerweile eine Einteilung in 6 Handlungsfelder erfolgt, könne jede Bevölkerungsgruppe erfasst werden.

Zum Handlungsfeld Bevölkerung erkundigt sich Stadtrat Kasdorf, weshalb der Verlust in Poppenweiler mit 10,9 sehr hoch sei. Hierzu teilt Frau Müller mit, dass es in diesem Stadtteil verwurzelte Personen gebe, allerdings neu Zugezogene zum Teil den Stadtteil wieder verlassen. Zum Handlungsfeld Soziale Sicherung liegen die Daten für das Jahr 2016 noch nicht vor. Man könne allerdings seit dem Jahre 2012 eine sinkende Tendenz erkennen, so Frau Müller. Der Arbeitsmarkt als drittes Handlungsfeld lässt erkennen, dass seit 2009 die Arbeitslosenquote rückläufig sei.

Weiter präsentiert Frau Müller das Handlungsfeld Kinder, Jugend und Bildung. EBM Seigfried teilt weiter mit, dass die Zahlen ein Indikator für die soziale Belastung im Stadtteil sei. Die effektive Anzahl der Personen unter 21 Jahren interessiert Stadtrat Heer. Frau Müller sagt zu, dass diese Angaben im Protokoll nachgereicht werden (*Nachtrag: Personen unter 21 Jahren: 18.547*).

Weiter berichtet Frau Müller über das Handlungsfeld Haushalte und Familien sowie über das Handlungsfeld Pflege. Stadträtin Dr. Traub fragt nach der Anzahl der Haushalte von Personen über 80 Jahren in betreuten Wohnformen. Frau Müller sagt zu, dass diese Angabe im Protokoll nachgereicht werde. (*Nachtrag: Anzahl Haushalte im Bereich Betreutes Wohnen: 470; Plätze in Pflegeheimen: 1.022*)

Die Frage von Stadtrat Kasdorf, ob die Personen über 80 Jahren in Einpersonen-Haushalten überwiegend in Wohnungen oder Häusern wohnen, könne man anhand der Statistik nicht beantworten, berichtet Frau Müller.

EBM Seigfried dankt Frau Müller für den Vortrag. Teile des Sozialdatenatlases würden in der nächsten Sitzung des Integrationsbeirats vorgestellt, ebenso im Schulbeirat und in den Stadtteilausschüssen, wenn dies gewünscht werde. Der Sozialdatenatlas ist ein wichtiges Instrument, mit dem die Stadtverwaltung arbeite. Von Partnern der Stadt würden ebenfalls immer wieder Daten angefragt.

- TOP 2 Inklusion in Kindertageseinrichtungen
- Grundlagen
 - Konzeption des Landkreises
 - Netzwerk
 - mündlicher Bericht
-

Beratungsverlauf:

EBM Seigfried begrüßt Frau Schmetz und Frau Harscher (FB Bildung und Familie) und gibt das Wort weiter.

Frau Schmetz berichtet, dass Inklusion den Fachbereich in vielen Bereichen beschäftige. Im Bereich der Kindertagesstätten stehen Änderungen an. Heute solle ein Überblick über den momentanen Stand und die anstehenden Veränderungen gegeben werden. Ein erster Einblick solle zudem über das Projekt „Inklusion von Anfang an“ mit der Ev. Hochschule erfolgen.

Fr. Harscher (FB Bildung und Familie) informiert anhand einer Präsentation über die Inklusion in Kindertageseinrichtungen. Diese Präsentation liegt dieser Niederschrift bei. Frau Harscher teilt mit, dass sie heute den aktuellen Stand vortragen werde. Mittlerweile sei Inklusion rechtlich verankert.

EBM Seigfried merkt an, dass dieser Bereich immer bedeutender werde. Er dankt Frau Harscher für die Ausführungen und stellt fest, dass keine Aussprache erwünscht ist.

- TOP 3 Grundschulcampus Anton-Bruckner-Schule /
Pestalozzischule
- Ausschreibung Schulleiterstelle
-

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 3.1

TOP 3.1 Zusammenlegung der Pestalozzi-Grundschule mit Vorl.Nr. 086/17

Beschluss:

Die Anton-Bruckner-Schule und die Pestalozzischule werden beauftragt, die Zusammenführung ab dem Schuljahr 2018/2019 vorzubereiten. Beide Schulen erarbeiten gemeinsam, noch vor den Sommerferien ein Konzept zur künftigen Schulform (Ganztagesesschule in Wahlform oder gebunden) und legen dies dem BSS zur Entscheidung vor, damit der Gemeinderat im September 2017 die erforderlichen Anträge stellen kann.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

Beratungsverlauf:

EBM Seigfried ruft Tagesordnungspunkt 3 auf und teilt mit, dass ein interfraktioneller Antrag vorliege. Er bittet die Antragsteller, diesen zu begründen.

Stadtrat von Stackelberg merkt an, dass der Hintergrund der Antragstellung die Anfrage der beiden Schulen bezüglich der Schulleiternachfolge gewesen sei. Im Zuge der Anfrage der Verwaltung an die Fraktionen habe man um eine Information bezüglich den künftigen Profilen der Schulen gebeten. Von Seiten der Verwaltung werde kein Fusionsvorschlag erfolgen, so die Aussage im BSS. Er wünsche sich einen sachlichen, konstruktiven und fairen Prozess. Es gäbe Veränderungen in den Parametern. Momentan habe man zwei gleichstarke Schulen. Die Direktoren arbeiten bisher sehr gut miteinander. Bis Sommer seien zwei Direktoren vorhanden. Die Schüler und Schulfläche bliebe gleich. Die Neubesetzung oder Nichtbesetzung der Direktorenstelle könne durchaus ein Schnittpunkt für einen neuen Weg sein. Die beiden Schulen könnten sich auf ein zukünftiges Betreuungskonzept mit Bestand einigen. Momentan liege eine Unsicherheit vor. Welche Grundschulform für Ludwigsburg gewollt werde, müsse geklärt werden. Die Schulen seien gefragt, wie künftig der Weg organisatorisch und pädagogisch gegangen werde.

EBM Seigfried dankt Stadtrat von Stackelberg für die Angabe der Beweggründe des Antrages. Er wolle nochmal auf das Handeln der Verwaltung eingehen. In der BSS Sitzung im Dezember 2016 sei dieses Thema angesprochen worden. Die Schulen wollten Klarheit. Die Haltung der Fraktionen sei abgefragt worden. Leider seien lediglich zwei Rückmeldungen erfolgt.

EBM Seigfried fragt das Gremium, ob sie damit einverstanden seien, wenn sich die Schulleiter zum Thema äußern. Das Gremium zeigt sich einverstanden.

EBM Seigfried gibt das Wort an die Schulleiter weiter.

Diese teilen mit, dass ihr Interesse ein verlässlicher Weg für die Schulentwicklung sei. Beide Lösungen seien praktikabel. Die Elternschaft sei involviert. Die Diskussion sei in beiden Schulen ähnlich verlaufen. Man wünsche sich eine Sicherheit für die Kinder, Eltern, Kollegen. Die Tendenz für einen gemeinsamen Weg sei da.

EBM Seigfried dankt den Schulleitern. Man wolle die politische Tendenz abfragen und er eröffnet die Aussprache.

Stadtrat Meyer merkt an, dass dieses Thema bereits mehrfach diskutiert worden sei. Er wolle deutlich machen, dass es ein differenziertes Angebot und Wahlmöglichkeiten geben solle. Nur aufgrund eines Schulleiterwechsels sehe er keine Notwendigkeit einer Änderung. Durch eine Fusion könne keine Besserung erlangt werden. Dem Antrag könne nicht gefolgt werden.

Stadtrat Kasdorf sieht eine unbefriedigte Situation für alle Beteiligten. Man brauche eine gewisse Sicherheit. Eine Fusion müsse von allen Beteiligten getragen werden. Man könne sich an dem Antrag orientieren. Vielleicht könne dieser umformuliert werden. Einem Prüfauftrag könne er nicht zustimmen. Einem Antrag in einer modifizierten Form könne er folgen. Die Vision der Schulleiter sei aufgezeigt worden. Er spricht seinen Dank an die Schulleiter aus.

Stadtrat von Stackelberg merkt an, dass er und seine Fraktion bereit seien, den gestellten Antrag zurückzuziehen bzw. umzuformulieren.

Eine große Chance für eine gemeinsame Schule sieht Stadträtin Moersch. Sie wolle keine Entscheidung gegen den Wunsch der Schule und Elternschaft. Mit den Schulen solle in Dialog gegangen werden. Ein Indikator für den richtigen Weg sei, dass die Gesamtlehrerkonferenz Chancen in der Fusion sehe. Der Antrag in einer modifizierten Form sei der richtige Weg.

Stadtrat Heer wolle eine Stabilität und keine Unruhe in den Schulen. Er verweise auf die Vorlage 107/11 und zitiert die Ergebnisse des BSS. Eine erneute Prüfung sei nicht notwendig. Die Nachfrage sei für beide Profile da. Dem Antrag könne nicht zugestimmt werden.

Stadtrat Kube teilt mit, das ÖkoLinx dem modifizierten Antrag zustimmen könne. Es solle jetzt eine Planungssicherheit geben. Die Tendenz der Schulen und Elternschaft gehe ebenso in diese Richtung.

Stadtrat Köhle stellt die Frage, ob die Tendenz künftig dann der Ganztagesbetrieb sei.

Stadträtin Steinwand- Hebenstreit nennt ihren Namensvorschlag bei einer Fusion: Sophie-Scholl- Schule.

EBM Seigfried teilt mit, dass die Vor- und Nachteile abzuwägen seien.

EBM Seigfried empfiehlt eine geänderte Vorgehensweise und formuliert einen Beschlussvorschlag. Im Beratungsverlauf zieht Stadtrat von Stackelberg den interfraktionellen Antrag zurück.

Im Anschluss lässt EBM Seigfried über den Beschlussvorschlag abstimmen.

für das Kooperationsprojekt "Im Westen viel Neues" der drei Schulen im Bildungszentrum West im Rahmen des Weststadtfests 2017

Beschluss:

Zur Finanzierung des Kooperationsprojekts „Im Westen viel Neues“ der Gottlieb Daimler Realschule, der Osterholzschiule und des Otto-Hahn-Gymnasiums im Rahmen des Weststadtfests am 22. Juli 2017 werden Mittel aus dem Fonds "Jugend, Bildung, Zukunft" in Höhe von 6.000,00 € bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag gewünscht und auf Aussprache verzichtet wird, lässt EBM Seigfried über die Vorl. Nr. 121/17 abstimmen.

TOP 5

Tennisclub Ludwigsburg e.V. - Baukostenzuschuss für die Sanierung der Hallenbeleuchtung

Vorl.Nr. 071/17

Beschluss:

Der Tennisclub Ludwigsburg e.V. erhält für die Sanierung der Hallenbeleuchtung der vereinseigenen Tennishalle bei anrechenbaren Kosten in Höhe von gerundet 14.000,00 € einen Zuschuss gemäß der städtischen Sportförderrichtlinien von 50 % der Kosten, höchstens jedoch 7.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat von Stackelberg

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag gewünscht und auf Aussprache verzichtet wird, lässt EBM Seigfried über die Vorl. Nr. 071/17 abstimmen.

Beratungsverlauf:

Einführend merkt EBM Seigfried an, dass die Ausländerbehörde, insbesondere durch die momentane Flüchtlingsthematik, häufig in der Kritik stehe. Die Ausländerbehörde stehe an der Nahtstelle zwischen Integration, Aufnahmen und Umsetzung rechtlicher Vorgaben. Zum Teil gebe es hier keinen Ermessensspielraum. Beispielhaft nennt EBM Seigfried seine Sorge um die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Sehr viele haben keine Papiere. Sie werden im Rahmen der Jugendhilfe betreut. Ziel sei, diese jungen Menschen in Ausbildung zu bringen. Hier gebe es leider im Ausländerrecht Hürden. Aufgrund des fehlenden Bleiberechts erhalten sie keine Arbeitserlaubnis. Dies sei skandalös, so EBM Seigfried. Solange Jugendhilfe erteilt werde, solle auch eine Arbeitsgenehmigung erteilt werden. Hierfür werden alle Möglichkeiten ausgeschöpft.

Im Anschluss gibt EBM Seigfried das Wort an Herrn Schindler und Herrn Spagnol (FB Bürgerdienste) weiter. Herr Schindler merkt an, dass er die einführenden Worte von EBM Seigfried unterstreichen wolle und dankt allen Mitwirkenden des Förderprojektes für ihr Engagement. Anhand einer Präsentation informiert Herr Spagnol über das Förderprojekt. Diese Präsentation liegt dieser Niederschrift bei.

EBM Seigfried dankt für die Ausführungen und eröffnet die Aussprache.

Stadträtin Dr. Traub lobt dieses erfolgreiche Projekt. Die Bürger, sowie die Behörde profitieren hiervon. Es sei ein Netzwerk gebildet worden mit Nachhaltigkeit. Sie dankt den Beteiligten und wünscht sich eine Berichterstattung in Abständen.

Stadträtin Steinwand-Hebenstreit lobt ebenso die Arbeit. Sie wolle allerdings auf einen konkreten Fall hinweisen, der ihr zugetragen worden sei. Es werde behauptet, dass die Ausländerbehörde besonders streng sei und keinen Ermessensspielraum zulasse.

Stadtrat Daferner dankt für die Mitteilungsvorlage und den Vortrag. Die Aussagen von EBM Seigfried wolle er nachhaltig unterstützen. Er bittet die Ausländerbehörde eine notwendige Sensibilität, insbesondere bei minderjährigen Jugendlichen einzusetzen. Der Ermessensspielraum solle genutzt und ausgeschöpft werden. Einzelne Situationen der Menschen sollen sensibel wahrgenommen werden. Der Fachbereich in sich habe eine Stabilität und gemeinsames Verständnis entwickelt.

Die neue Struktur habe von Seiten der Mitarbeiter und Antragsteller für Entspannung gesorgt, so Stadtrat Dengel. Das Förderprojekt werde unterstützt.

EBM Seigfried stellt fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt.

Beschluss:

1. Das Modernisierungskonzept des Deutschen Jugendherbergswerks (DJH), Landesverband Baden-Württemberg, für die Ludwigsburger Kultur I Jugendherberge wird begrüßt.
2. Unter der Voraussetzung, dass das DJH mindestens 3,4 Millionen Euro im Bauabschnitt 2 und 3 investiert, gewährt die Stadt eine Förderung von insgesamt 680.000,- €. Davon werden 400.000,- € als verlorener Zuschuss mit einer Zweckbindung von 25 Jahren und 280.000,- € als zinsloses Darlehen mit einer Laufzeit von 20 Jahren gewährt, vorbehaltlich einer beihilferechtlichen Zulässigkeit.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Darlehensvertrag abzuschließen.
4. Die Mittel werden in den Jahren 2018, 2019 und 2020 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Link
Stadträtin Steinwand-Hebenstreit

Beratungsverlauf:

EBM Seigfried informiert, dass ein Ortstermin stattgefunden habe. Die Empfehlung der Verwaltung sei, die Jugendherberge zu fördern. Ein Anspruch auf Förderung bestehe nicht, die Kommunen handeln frei und unterschiedlich. Einen festen Fördersatz gebe es nicht. Der Zuschuss sei gebunden an die Voraussetzung, dass die Investition und die Verteilung auf mehrere Jahre erfolgen werde. Das Feedback der Jugendherberge werde nach finaler Beratung intern noch erfolgen. EBM Seigfried eröffnet die Aussprache.

Stadtrat Meyer erinnert, dass in der Vergangenheit mehrfach ein Ortstermin in der Jugendherberge stattgefunden habe. Dem Beschlussvorschlag könne seine Fraktion zustimmen. Die Herberge habe eine hohe Bedeutung mit guter Nachfrage.

Ebenso könne Stadtrat Kasdorf der Vorlage zustimmen. Die Ludwigsburger Herberge habe mit ihrem guten Standort Zukunft.

Weitere Zustimmung erfolgt durch Stadträtin Faulhaber. Sie wünsche sich einen guten und schnellen Verhandlungsabschluss. Ihrer Fraktion sei es wichtig, ein Bekenntnis zur Ludwigsburger Jugendherberge abzugeben.

Auch Stadtrat Weiss stimmt der Vorlage zu. Er sehe einen Beitrag zur Marke Ludwigsburg.

Stadtrat Heer merkt an, dass sich die Jugendherbergen in einem Wandel befinden. Der

Sanierungsbedarf werde gesehen. Er wolle nochmal eine Erklärung, warum eine Teilung von 50:50

TOP 7

Förderung der Kultur I Jugendherberge
Ludwigsburg

Vorl.Nr. 104/17

nicht vorgesehen sei und ab wann mit einer Darlehensrückzahlung begonnen werde.

Stadtrat Kube stimmt der Vorlage ebenso zu.

EBM Seigfried erklärt, dass die Förderung eine freiwillige Leistung sei. Innerhalb der Verwaltungsspitze habe man sich auf diese Summe verständigt. Die Tilgung werde noch mit der Herberge abgestimmt. EBM Seigfried fragt, ob ein Änderungsantrag gestellt werde.

Stadtrat Heer verneint dies.

Im Anschluss lässt EBM Seigfried über die Vorlage abstimmen.